

Parlamentarischer Vorstoss

- Motion
 Postulat
 Interpellation mündlich
 Interpellation schriftlich

Eingereicht von

Andrea Scheck, Wolfgangstrasse 65, 9014 St. Gallen (JUSO)
Alexandra Akeret, Axensteinstrasse 17, 9000 St. Gallen (SP)
Andrea Hornstein, Linsebühlstrasse 83a, 9000 St. Gallen (PFG)

Titel

Öffentliches Beschaffungswesen: Anforderungen an die Arbeitsbedingungen, den Arbeitsschutz und die Lohngleichheit

Aufgabe

Der Bund vergibt seine Aufträge für Leistungen in der Schweiz nur an Unternehmen, welche die Einhaltung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitsschutzbestimmungen (Arbeitsgesetz; Unfallversicherungsgesetz) sowie der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann (Bundesverfassung; Gleichstellungsgesetz) gewährleisten. Die Anbieterinnen und Anbieter müssen gegenüber dem Bund mittels Selbstdeklaration bestätigen, dass sie diese Anforderungen erfüllen. Die Einhaltung wird mittels stichprobenartigen Kontrollen – teils durch paritätisch zusammengesetzte Organisationen von Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden – kontrolliert. Bei Nichteinhaltung drohen unter anderem Konventionalstrafen.

Als Arbeitsbedingungen gelten die Gesamtarbeitsverträge und die Normalarbeitsverträge und, wo diese fehlen, die tatsächlichen orts- und berufsüblichen Arbeitsbedingungen. Diesen Grundsatz halten Art. 8 des Bundesgesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB, SR 172.056.1) sowie Art. 6 und 7 der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen (VöB, SR 172.056.11) fest. Im kantonalen Gesetz über die öffentliche Beschaffung (sGS 841.11) sind ähnliche Vergabegrundsätze festgelegt, die auch für die Gemeinden gelten. Damit sollen unter anderem Wettbewerbsverzerrungen unter den Anbieterinnen und Anbietern verhindert werden. Arbeitgebende, welche die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitsbedingungen und die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau respektieren, sollen gegenüber denjenigen, die dies nicht tun, nicht benachteiligt werden.

Die Petitionärinnen und Petitionäre ersuchen den Stadtrat in einem Postulat aufzuzeigen, wie er in der Zukunft Betriebe, die die Lohngleichheit respektieren bei der Vergabe von Aufträgen gezielt berücksichtigen kann. Nötigenfalls hat der Stadtrat dem Parlament Antrag zu stellen.

14.11.17, St.Gallen

Datum

A. Scheck A. Akeret A. Hornstein

Unterschriften

Akeret	Alexandra		Meyer	Thomas	
Angehern	Patrik		Meyer	Veronika R.	
Angehern	Evelyne		Mitrović	Vića	 
Bechtiger	Roger		Müller	Clemens	
Bertoldo	Daniel		Neff	Christian	
Bodenmann	Marlene		Neuweiler	René	
Brunner	Jürg		Niederhauser	Nadine	
Brunner	Thomas		Oberholzer	Basil	
Bühler	Roman		Olibet	Peter	
Crottogini	Eva		Ronzani	Manuela	
Deuel	Jennifer		Rotach	Marcel	
Dörig	Maja		Ruppeiner	Werner	
Dornier	Roger		Rütsche	Beat	
Dudli	Andreas		Rüttimann	Daniel	
Eberhard	Gabriela		Ryser	Franziska	
Eggmann	Franz		Scheck	Andrea	
Etter-Steinlin	Lisa		Schimke	Karl	
Falk	Helena		Schönenberger	Melanie	
Frei-Grimm	Barbara		Segger	Heini	
Gmünder Braun	Susanne		Segger	Oskar	
Hächler	Barbara		Signer-Bürkler	Anja	
Hasler	Etrit		Stauffacher	Daniel	
Hobi	Andreas		Steinemann	Sandra	
Hornstein	Andrea		Takacs	Zsolt Ferenc	
Hufenus	Gallus		Thurairajah	Jeyakumar	
Hugentobler	Michael		Truniger Blaser	Beatrice	
Kehl	Daniel		Wäspe	Remo	
Keller	Felix		Weber	Beat	
Keller	Stefan		Wettach	Christoph	
Königer	Doris		Winter-Dubs	Karin	
Kühne	Werner		Zwicky Mosi- mann	Elisabeth	
Kuratli	Donat				